

IST ES RICHTIG, DASS DIE BUNDESWEHR AN SCHULEN AUFTRITT?

AUFGABEN

1 Einstieg:

a) Positioniere dich spontan zur folgenden Aussage:

„Die Bundeswehr sollte an Schulen auftreten dürfen.“

b) Notiere in einem Satz, **warum** du dich so positioniert hast.

a) Spontane Meinung:

Stimme zu Stimme eher zu Stimme eher nicht zu Stimme nicht zu

b)

AUFGABEN

2 Bundeswehr im Klassenzimmer

Scanne den QR-Code zum Hintergrund, lies den Text und bearbeite die Aufgaben.

a) Fasse zusammen:

- **Wer** kommt an die Schulen
- in welchem **Rahmen**,
- und **worüber** wird gesprochen?

b) **Unterscheide**: Was ist **Aufgabe** der **Jugendoffiziere** und was ist ihnen untersagt?

c) **Gib wieder**, welche **Fragen** die Schüler im Bericht beschäftigen. **Vergleiche** mit deinen eigenen Überlegungen aus **Aufgabe 1**.



Hintergrund:
So laufen die Schulbesuche der Bundeswehr ab
(Claudia Buckenmaier, Tagesschau)

a)

IST ES RICHTIG, DASS DIE BUNDESWEHR AN SCHULEN AUFTRITT?

b)

c)

AUFGABEN

3 Regeln für politische Bildung

Lies den **Text M1** und bearbeite die Aufgaben.

- a) **Erkläre** in eigenen Worten, was der **Beutelsbacher Konsens** ist und wozu er dient.
- b) **Erläutere** die **drei Prinzipien** jeweils in einem Satz mit eigenen Worten.
- c) **Finde** zu jedem Prinzip ein **Beispiel** aus eurem eigenen Schulalltag (eine Situation, in der ihr das Prinzip erkennen könnt oder eine, in der es eurer Meinung nach verletzt wurde).



M2: Der Beutelsbacher Konsens – Wie politische Bildung in der Schule funktionieren soll

- 1 Politische Bildung in deutschen Schulen folgt seit 1976 einer wichtigen Grundregel: dem Beutelsbacher
- 2 Konsens. Er entstand bei einer Tagung im schwäbischen Beutelsbach, auf der sich Fachleute aus
- 3 Wissenschaft und Schulpraxis darauf einigten, wie politischer Unterricht aussehen sollte – und wie
- 4 nicht. Hintergrund war die Sorge, dass Lehrkräfte ihre eigenen politischen Überzeugungen an Schüler
- 5 weitergeben könnten. Heute gilt der Konsens als didaktische Grundlage politischer Bildung in
- 6 Deutschland. Er besteht aus drei Prinzipien:
- 7 Überwältigungsverbot: Lehrkräfte dürfen Schüler keine politische Meinung aufdrängen – weder offen
- 8 noch versteckt. Ziel ist, dass Lernende zu einer eigenen Urteilsbildung kommen, nicht zu der ihrer
- 9 Lehrkraft.
- 10 Kontroversitätsgebot: Was in Wissenschaft und Politik umstritten ist, muss auch im Unterricht als
- 11 umstritten dargestellt werden. Eine einseitige Darstellung verzerrt die politische Wirklichkeit und
- 12 behindert eigenständige Urteilsbildung.
- 13 Schülerorientierung: Lernende sollen befähigt werden, eigene Interessen zu erkennen und politisch
- 14 handlungsfähig zu werden. Politische Bildung ist kein Selbstzweck, sondern soll zur Mündigkeit
- 15 beitragen.

IST ES RICHTIG, DASS DIE BUNDESWEHR AN SCHULEN AUFTRITT?

a)

b)

c)

AUFGABEN

4 Pro und Contra: Bundeswehr an Schulen?

Bildet **Vierergruppen** und teilt die vier **Perspektiven** unter euch auf. Scannt euren QR-Code (Seite 4) und lest den **Text**.

a) In Einzelarbeit: Fasse die wichtigsten **Argumente** des Autors / der Autorin in der Tabelle (Seite 4) stichpunktartig zusammen.

b) In Einzelarbeit: Prüfe, auf welches **Beutelsbacher Prinzip** sich der Autor / die Autorin (möglicherweise implizit) beruft und **erkläre**, wie. Trage deine Ergebnisse in die Tabelle ein.

c) In Gruppenarbeit: **Tauscht** eure **Ergebnisse** aus und **vervollständigt** die **Tabelle**.

d) **Diskutiert**: Beide Seiten berufen sich auf **ähnliche Werte** (Mündigkeit, eigenständiges Denken und Kontroversität). Wie kann es sein, dass sie zu **gegensätzlichen Schlussfolgerungen** kommen?

IST ES RICHTIG, DASS DIE BUNDESWEHR AN SCHULEN AUFTRITT?




PRO:
Die Offiziere vermitteln hier wichtige politische Bildung
(Andres Schmidt, NDR)



PRO:
Das kann dazu beitragen, die Bundeswehr wieder offener zu machen
(Alan Posener, Die Zeit)



Contra:
Mit dem ursprünglichen Auftrag der Bildung hat das nichts zu tun
(Ruta Dreyer, ND)



Contra:
Das ist problematisch, denn der Soldatenberuf ist eben kein normaler
(Tanja Tricarico, TAZ)

Perspektive	Argumente	Bezug zum Beutelsbacher Konsens
Pro: Wichtige politische Bildung (Schmidt, NDR)		
Pro: Bundeswehr offener machen (Posener, DIE ZEIT)		
Contra: Bedrohte Bildung (Dreyer, ND)		
Contra: Gefährlich verengter Blick (Tricarico, taz)		

IST ES RICHTIG, DASS DIE BUNDESWEHR AN SCHULEN AUFTRITT?

LÖSUNG

1 b) Begründung Spontane Meinung

Individuelle Antworten. Erwartungshorizont: Schüler:innen positionieren sich intuitiv. Mögliche Pro-Argumente: realistische Information über Sicherheitspolitik, direkter Kontakt statt Klischees, Berufsorientierung. Mögliche Contra-Argumente: Schule als geschützter Raum, einseitige Darstellung, Werbecharakter trotz Verbot.

2 a) Grundlagen der Bundeswehr-Besuche

An die Schulen kommen Jugendoffiziere der Bundeswehr, allerdings nur auf ausdrückliche Einladung. Die Teilnahme der Schüler:innen ist freiwillig. Im Mittelpunkt stehen sicherheitspolitische Fragen, persönliche Auseinandersetzungen mit möglichen Kriegsszenarien und die eigene Rolle im Ernstfall.

b) Aufgabe Jugendoffiziere

Information über sicherheitspolitische Fragen, Auseinandersetzung mit Kriegsszenarien und Verantwortungsfragen. Untersagt: Werbung für die Bundeswehr als Arbeitgeber.

c) Das beschäftigt die Schüler:innen

Die Schüler:innen im Bericht beschäftigen sich mit der Frage, ob sie bereit wären, im Ernstfall Verantwortung zu übernehmen oder Gewalt auszuüben. Sie nehmen aktuelle Konflikte als bedrohlich wahr und wünschen sich mehr Klarheit von der Politik. Vergleich mit Aufgabe 1: individuelle Antworten.

3 a) Was ist der Beutelsbacher Konsens?

Der Beutelsbacher Konsens ist eine 1976 entstandene didaktische Selbstverpflichtung für die politische Bildung in Deutschland. Er soll sicherstellen, dass Schüler:innen im Politikunterricht zur eigenen Urteilsbildung befähigt werden, statt politische Meinungen übernehmen zu müssen.

b) Die drei Prinzipien in einem Satz

Überwältigungsverbot: Lehrkräfte dürfen Schüler:innen keine politische Meinung aufzwingen. Kontroversitätsgebot: Was politisch oder wissenschaftlich umstritten ist, muss auch im Unterricht als umstritten dargestellt werden.

Schüler:innenorientierung: Lernende sollen zu politisch mündigen, handlungsfähigen Personen werden.

c) Eigene Beispiele für die Prinzipien

Individuelle Antworten. Beispiele:

Überwältigungsverbot – Lehrkraft enthält sich der eigenen Meinung in einer Klimadiskussion / Lehrkraft macht implizit klar, welche Partei sie wählt.

Kontroversitätsgebot – Im Unterricht zu Migration werden Pro- und Contra-Positionen gleichberechtigt behandelt.

Schüler:innenorientierung – SV-Wahlen, Diskussionen über Schulregeln, Projekte zur politischen Beteiligung.

4 Eine Übersicht der Perspektiven finden Sie in der Tabelle:

Perspektive	Argumente	Bezug zum Beutelsbacher Konsens
Pro: Wichtige politische Bildung (Schmidt, NDR)	Welt ist unsicherer geworden, Wissen über Militär und Bündnisse wird wichtiger. Bundeswehr ist Parlamentsarmee, gehört zur Demokratie. Niemand muss sich melden – Auftritte sollen Zusammenhänge greifbar machen.	Schüler:innenorientierung: Mündige Bürger:innen brauchen Wissen über Sicherheitspolitik, um in Krisen handlungsfähig zu sein. Kontroversitätsgebot (implizit): Ohne Bundeswehr-Perspektive fehlt eine wichtige Stimme im Diskurs.

IST ES RICHTIG, DASS DIE BUNDESWEHR AN SCHULEN AUFTRITT?

LÖSUNG

Perspektive	Argumente	Bezug zum Beutelsbacher Konsens
Pro: Bundeswehr offener machen (Posener, DIE ZEIT)	Bundeswehr muss offener werden, auch für Nichtdeutsche. Schulen sind der Ort, wo man junge Menschen erreicht (40% Migrationshintergrund). Auftritte bauen Berührungängste ab.	Schüler:innenorientierung: Politische Bildung muss alle erreichen. Kontroversitätsgebot: Bundeswehr darf nicht nur als „die anderen“ wahrgenommen werden – Information beugt einseitigem Bild vor.
Contra: Bedrohte Bildung (Dreyer, ND)	Militarisierung des Bildungsbereichs. Im Unterricht wird nur eine Perspektive („Frieden durch Waffen“) vermittelt. Bundeswehr sucht Nachwuchs, kein neutraler Akteur.	Überwältigungsverbot: Staatlicher Akteur in Uniform vermittelt einseitig. Kontroversitätsgebot: Diplomatische Alternativen kommen zu kurz, Debatte wird nicht in voller Breite abgebildet.
Contra: Gefährlich verengter Blick (Tricarico, taz)	Soldatenberuf wird als „gewöhnlich“ dargestellt – Tod und Überleben werden ausgeblendet. Alternativen wie Katastrophenschutz oder Friedensarbeit fehlen. „Gefährlich verengter Blick“.	Kontroversitätsgebot: Bundeswehr-Perspektive verdrängt andere legitime Perspektiven. Schüler:innenorientierung: Echte Mündigkeit braucht Alternativen, nicht eine vorgefertigte Sichtweise.

4 d) Diskussion: Ähnliche Werte, aber trotzdem unterschiedliche Schlussfolgerungen?

Erwartete Diskussionsergebnisse: Beide Seiten berufen sich auf Mündigkeit – aber sie verstehen darunter Unterschiedliches. Pro: Mündigkeit setzt Wissen voraus, also muss die Bundeswehr in den Unterricht. Contra: Mündigkeit setzt unabhängige Urteilsbildung voraus, die durch einseitige staatliche Akteure gefährdet wird. Der Konflikt ist also keine Frage der Werte, sondern der Anwendungslogik: Wann ist eine Perspektive Bereicherung der Kontroverse – und wann Überwältigung durch institutionelles Gewicht?

5 Beispielurteile

Pro:

Ich finde, dass die Bundeswehr an Schulen auftreten darf. Mein wichtigstes Argument stützt sich auf die Schüler:innenorientierung: Politische Bildung soll uns zu mündigen Bürger:innen machen, die in einer Demokratie selbst urteilen und handeln können. Dazu gehört Wissen über Sicherheitspolitik, NATO-Bündnisse und die Rolle der Bundeswehr als Parlamentsarmee – also einer Armee, die nur auf Beschluss des Bundestags handelt. Wer dieses Wissen nicht hat, kann sich auch keine fundierte Meinung zu Themen wie Wehrpflicht, Auslandseinsätzen oder Verteidigungsausgaben bilden. Schmidt argumentiert genau in diese Richtung, wenn er sagt, dass diese Zusammenhänge greifbarer werden, wenn echte Jugendoffiziere im Klassenzimmer stehen.

IST ES RICHTIG, DASS DIE BUNDESWEHR AN SCHULEN AUFTRITT?

LÖSUNG

5 Auch das Kontroversitätsgebot spricht für meine Position: Wenn die Bundeswehr nicht selbst zu Wort kommt, fehlt im Unterricht eine wichtige Stimme – die Debatte bleibt einseitig. Beim Überwältigungsverbot sehe ich allerdings ein echtes Risiko: Ein Jugendoffizier in Uniform hat institutionelles Gewicht, dem Schüler:innen schwer etwas entgegensetzen können. Deshalb ist meine Position eigentlich „ja, aber unter Bedingungen“: Bundeswehr-Auftritte sind in Ordnung, wenn parallel auch andere Stimmen zu Wort kommen – etwa Friedensorganisationen oder Kriegsdienstverweigerer. Dann wird das Überwältigungsverbot durch zusätzliche Perspektiven gewahrt, statt verletzt.

Dreyer hält dagegen, dass im Unterricht nur eine Sichtweise vermittelt werde – nämlich „Frieden durch Waffen“. Das stimmt – aber nur, wenn man es dabei belässt. Genau deshalb sehe ich die Lösung nicht im Verbot, sondern in der Ergänzung: Mehr Stimmen, nicht weniger.

Contra:

Ich finde, dass die Bundeswehr nicht an Schulen auftreten sollte. Mein wichtigstes Argument bezieht sich auf das Überwältigungsverbot: Die Bundeswehr ist keine neutrale Akteurin, sondern ein staatlicher Arbeitgeber, der – auch wenn Werbung offiziell untersagt ist – ein Interesse daran hat, ein bestimmtes Bild von Sicherheitspolitik zu vermitteln. Ein Offizier in Uniform hat allein durch seine Erscheinung und seinen institutionellen Hintergrund eine Autorität, der Schüler:innen schwer widersprechen können. Tricarico beschreibt das treffend: Der Soldatenberuf wird als „gewöhnliche Berufsoption“ dargestellt, während Tod und Überleben als fundamentale Bestandteile dieses Jobs in den Hintergrund rücken.

Auch das Kontroversitätsgebot spricht aus meiner Sicht gegen die Auftritte: Im Unterricht wird vor allem die Logik „Frieden durch Stärke“ vermittelt, während Alternativen wie Diplomatie, Katastrophenschutz oder Friedensarbeit deutlich weniger Raum bekommen. Das ist keine ausgewogene Darstellung der politischen Kontroverse.

Bei der Schüler:innenorientierung könnte man mir entgegenhalten, dass gerade Wissen über die Bundeswehr nötig sei, um mündig urteilen zu können – so argumentiert Schmidt. Das stimmt grundsätzlich. Aber dieses Wissen lässt sich auch durch Lehrkräfte, Lehrbücher oder externe Bildungsangebote vermitteln, die nicht selbst Teil der Institution sind. Mündigkeit entsteht nicht dadurch, dass die Bundeswehr selbst über sich spricht, sondern dadurch, dass Schüler:innen verschiedene Perspektiven kennenlernen und kritisch einordnen können.

Posener argumentiert, dass Bundeswehr-Auftritte besonders junge Menschen mit Migrationshintergrund erreichen und Berührungängste abbauen könnten. Das ist ein nachvollziehbares Anliegen – aber Berührungängste abzubauen ist nicht Aufgabe von Schule. Schule soll zur Mündigkeit befähigen, nicht zur Identifikation mit einer staatlichen Institution.